Jahreschronik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **281 (2008)**

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Jahreschronik

(1. MAI 2006 BIS 30. APRIL 2007)

Umwelt

In der Schweiz war der Sommer 2006 geprägt durch eine lange Hitzeperiode im Juli. Während des ganzen Monats waren die Werte sehr hoch. Allerdings wurden die Höchstwerte aus früheren Jahren knapp nicht erreicht, aber die Dauer der Hitzeperiode war ungewöhnlich. Gegenüber dem Durchschnitt vieler Jahre wurden für den ganzen Monat höhere Werte von 3,5 bis 5 Grad Celsius gemessen. Pünktlich zum Monatsende ging die Hitzeperiode zu Ende und wurde von einer durchschnittlichen Ende-Sommer- und Herbst-Periode abgelöst. Der darauffolgende Winter zeichnete sich dann wieder durch ausserordentliche Milde und wenig Niederschlag aus. Schnee lag lange Zeit nur in grösseren Höhen und in geringen Mengen. Die Wintersaison war für Standorte in tieferen und mittleren Lagen schlecht. Vielerorts konnten die Einrichtungen für den Wintersport gar nicht oder dann nur für wenige Tage in Betrieb genommen werden. Auf den milden Winter folgte im Frühjahr ein aussergewöhnlich warmer und trockener April. Die Temperaturen lagen zwischen 5 und 8 Grad Celsius über dem Mittel. Seit 1865 waren nie mehr solche Messwerte erreicht worden.

Micheline Calmy-Rey
Bundespräsidentin für das Jahr 2007
(Foto: Keystone)

Die Gletscher bildeten sich unter diesen Umständen weiter zurück. Es kam auch zu einigen Felsstürzen. Besonders spektakulär setzte sich eine grosse Felsmasse an der Ostflanke des Eigers oberhalb von Grindelwald in Bewegung. Ab dem 18. Juni öffnete sich eine Felsspalte rasant, die stellenweise bis zu 5 Meter breit wurde. Nach den Schätzungen der Geologen sind über 2 Millionen Kubikmeter Fels in Bewegung. Immer wieder lösten sich einzelne Felsbrocken und donnerten zu Tal. Der ganz grosse Absturz, den viele befürchten, fand allerdings noch nicht statt. Geologen vermuten, dass der Grund für die Destabilisierung des Gesteins der Rückgang des darunter liegenden Unteren Grindelwaldgletschers ist.

Der Klimawandel hat sich zu einem dominierenden Thema entwickelt. Die Folgen des Klimawandels werden immer sichtbarer und sind zum Teil auch schon nachweisbar.

Politiker überbieten sich gegenseitig mit Forderungen nach Massnahmen, um die Auswirkungen einzuschränken.

Wissenschafter gehen davon aus, dass die Erderwärmung mit grosser Wahrscheinlichkeit vom Menschen mitverursacht wird. Dabei spielen die Treibhausgase eine zentrale Rolle. In der Schweiz macht das Kohlendioxid (CO_2) mit 80 Prozent den grössten Teil der hausgemachten Treibhausgasproduktion aus. Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls verpflichtete sich die Schweiz zusammen mit

Felsabsturz an der Ostflanke des Eigers
(Foto: Keystone)

anderen Staaten, Massnahmen gegen die Klimaveränderungen zu ergreifen. In unserem Land ist das Hauptinstrument dazu die Umsetzung des CO_2-Gesetzes. Die Massnahmen, die auf freiwilliger Basis von der Industrie, der Autobranche und vom Bausektor seit Beginn des Jahrzehnts getroffen wurden, erlaubten es, die Emissionen auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren. Das Gesetz sieht vor, dass die CO_2-Emissionen bis 2010 gegenüber dem Ausstoss von 1990 um 10 Prozent gesenkt werden. Da die bisher getroffenen Massnahmen nicht ausreichen, beschloss der Bundesrat ein Paket von weiteren Massnahmen:

- eine CO_2-Abgabe auf Brennstoffen,
- einen Klimarappen auf Treibstoffen,
- die Förderung von Erdgas- und Biotreibstoffen.

Im Parlament wird in diesem Jahr mehrmals im Ständerat wie Nationalrat darüber beraten. Im März stimmt der Nationalrat der bereinigten Vorlage zu. In Paris legt die IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), eine Kommission der UNO, im Februar einen Bericht zum Klimawandel vor. Über 600 Wissenschafter aus 40 Nationen haben ihre Forschungsergebnisse in diesem Bericht veröffentlicht. Nach ihrer Einschätzung wird die Klimaerwärmung dramatische Folgen für die Menschheit haben. Neben den potenziellen Folgen für Küstengebiete durch einen ansteigenden Meeresspiegel sehen sie auch grosse Gefahren für Tier- und Pflanzenarten, Gletscher, alpine Ökosysteme, Nadelwälder usw. Neben gewaltigen Stürmen mit starken Niederschlägen werden Dürren und Hitzewellen vorausgesagt. Dabei stützen sich die Wissenschafter auf folgende Fakten:

- Die globale Oberflächentemperatur ist um 0,74 Grad Celsius gestiegen. Elf der letzten zwölf Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Temperaturzunahme der letzten 50 Jahre ist doppelt so hoch wie die der letzten 100 Jahre. Die Arktis hat sich doppelt so stark erwärmt wie im globalen Mittel.
- Die Häufigkeit heftiger Niederschläge hat zugenommen.
- Die Temperaturen der letzten 50 Jahre waren höher als jemals zuvor in den vergangenen 1300 Jahren.
- Die schneebedeckte Fläche hat seit 1980 um etwa 5 Prozent abgenommen.
- Weltweit schrumpfen die Gletscher und tragen gegenwärtig zum Meeresspiegelanstieg mit 0,8 Millimeter pro Jahr bei.
- Das Meereis verzeichnet in der Arktis seit 1978 einen Rückgang im Jahresmittel um 8 Prozent und im Sommer um 22 Prozent.
- Die Temperaturen in den oberen Schichten des Permafrostbodens haben sich seit 1980 um 3 Grad Celsius erwärmt, und die Ausdehnung des saisonal gefrorenen Bodens hat seit 1900 um 7 Prozent abgenommen, im Frühling sogar um 15 Prozent.
- Die Ozeane sind im globalen Mittel wärmer geworden, bis zu Tiefen von 3000 Metern. Diese Erwärmung hat zum Anstieg des Meeresspiegels beigetragen.
- Der Meeresspiegel ist seit 1993 durchschnittlich um etwa 3 Millimeter pro Jahr

gestiegen, im gesamten 20. Jahrhundert um 17 Zentimeter. Davon sind etwa 60 Prozent durch thermische Ausdehnung der wärmeren Ozeane verursacht, etwa 25 Prozent durch Abschmelzen der Gletscher und etwa 15 Prozent durch Abschmelzen der Eisschilde.
- Selbst bei einem sofortigen Ende aller Emissionen würde wegen der Trägheit des Klimasystems ein weiterer Temperaturanstieg bis zu ca. 0,6 Grad Celsius erfolgen.

(Wenn nicht anders gekennzeichnet, gelten die Angaben für den Zeitraum 1906–2005.)

Als wichtige, aber nicht alleinige Ursachen bezeichnen die Wissenschafter den Anstieg der Treibhausgase.
- Der Kohlendioxidgehalt (CO_2) der Luft hat seit 1750 um 35 Prozent von 280 ppm (Teile pro Million) auf 379 ppm im Jahr 2005 zugenommen. Die Zuwachsrate der letzten 10 Jahre ist die grösste seit 50 Jahren. Der heutige Wert ist der höchste in den letzten 650 000 Jahren. 78 Prozent der Erhöhung gehen auf die Nutzung fossiler Brennstoffe zurück und 22 Prozent auf Landnutzungsänderungen (z.B. Rodungen).
- Andere wichtige Treibhausgase wie Methan und Lachgas, deren Konzentrationen seit 1750 um 148 bzw. 18 Prozent zugenommen haben, machen zusammen etwa halb so viel aus wie der CO_2-Anstieg.

Augenfällige Kohlendioxidproduktion
(Foto: Keystone)

Weltpolitik

Die Weltpolitik wurde auch in diesem Jahr von den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten dominiert.

Irak

Die Gewalt zwischen Schiiten und Sunniten nimmt im Verlaufe der Berichtsperiode immer brutalere Formen an. Tag für Tag melden die Medien neue Terrorakte, die viele zivile Opfer auf beiden Seiten fordern. Verlässliche Zahlen über die Opferanzahl sind nicht verfügbar. Verschiedene Quellen schätzen die Zahl der zivilen Opfer des Krieges und der Kriegsfolgen auf mehrere Hunderttausend. Die im April vereidigte Regierung unter dem Schiiten Nuri-al-Maliki bringt die Lage nicht unter Kontrolle. Extremisten beider Seiten führen tagtäglich Attentate und darauf folgende Racheakte aus. Hintergrund der ständigen Auseinandersetzungen ist ein brutaler Machtpoker um die Ressourcen des Landes. Besonders die unter Saddam Hussein dominierenden Sunniten fürchten, im Falle einer Föderalisierung des Landes von den Ölquellen abgeschnitten und ökonomisch an den Rand gedrängt zu werden. Mitten in diesen Auseinandersetzungen befinden sich die Amerikaner. Was einmal als Demokratisierung des Mittleren Ostens begonnen hatte, wird für die USA zum politischen und militärischen Desaster. In den Vereinigten Staaten nimmt die Unterstützung für den Krieg ständig ab – das auch im Hinblick auf die steigenden Opferzahlen unter dem amerikanischen Militär. Gegen Ende Jahr wurde das 3000. Opfer gemeldet. Allein im Dezember beklagten die USA 111 Gefallene. Auf der politischen Seite führte das bei den Kongresswahlen im November zur schweren Niederlage der Republikaner von Präsident Bush. Unter dem entstehenden Druck der

Bevölkerung suchen die USA nach Wegen, aus dem Irak-Krieg herauszukommen. Die sogenannte «Baker-Kommission» empfiehlt der Regierung einen raschen Abzug aus dem Irak und die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Iran und mit Syrien, um in der Region stabilere Verhältnisse zu erreichen. Da ein rascher Abzug unmöglich erscheint, ohne dass die ganze Region in ein Chaos abgleitet, prüft eine militärische Arbeitsgruppe mehrere Optionen für den Rückzug. Schliesslich entscheidet sich Präsident Bush für eine kurzfristige Aufstockung der Truppen um 20 000 bis 30 000 Soldaten zu den bereits stationierten 140 000. Sie sollen hauptsächlich für Säuberungsaktionen und den rascheren Aufbau einer irakischen Armee eingesetzt werden. Anschliessend würden dann die Truppenbestände massiv auf ca. 60 000 Soldaten reduziert.

Der im Oktober 2005 begonnene Prozess gegen Saddam Hussein und sieben weitere Angeklagte wurde fortgesetzt. Am 7. November verurteilt das Sondertribunal in Bagdad den ehemaligen Diktator Saddam Hussein und zwei weitere Hauptangeklagte zum Tod durch den Strang. Der Prozess beschränkte sich auf das grosse Massaker im schiitischen Dorf Dujail im Jahr 1982. Die Verhandlung in der Berufungskammer des Sondertribunals, die bei jedem Todesurteil automatisch angeordnet wird, bestätigte das Urteil am 26. Dezember 2006. Die Hinrichtung von Saddam Hussein fand am 30. Dezember 2006 statt.

Feldzug Israels
gegen Ziele im Libanon
(Foto: Keystone)

Israel/Palästina

Nach dem Wahlsieg der Hamas-Bewegung Anfang Jahr boykottieren die USA und die EU die neue palästinensische Regierung unter Premierminister Ismail Haniya. Dadurch werden die zaghaften Friedensbemühungen ganz unterbrochen. Gegenseitige Provokationen zwischen Israel und den Palästinensern gipfeln Ende Juni in der Entführung eines israelischen Soldaten durch palästinensische Extremisten. Das Pulverfass Naher Osten explodiert vollends, als libanesische Hisbollah-Milizen im Juli einen israelischen Grenzposten überfallen. Dabei töten sie zwei israelische Soldaten und entführen einen dritten. Als die Forderung nach Rückgabe der Gefangenen ignoriert wird, schlägt Israel mit voller Härte zurück. In einem fünfwöchigen Feldzug wird die Infrastruktur Libanons zu über 80 Prozent in Schutt und Asche gelegt. Mit massiven Luftangriffen und Artillerieattacken werden Flughäfen, Häfen, Autobahnen und Strassen sowie schiitische Wohnquartiere in den Städten zerstört. 1152 Libanesen kommen ums Leben, fast alles Zivilisten, mehr als 3700 Verletzte werden gezählt, und über eine halbe Million Menschen müssen fliehen. Tausende von Ausländern werden evakuiert, unter ihnen über 800 Schweizerinnen und Schweizer. Der Libanon wird um 30 Jahre zurückgeworfen. Die in Brand geschossenen Tankanlagen verlieren über 35 000 Tonnen Öl und verursachen entlang der Küste eine der schlimmsten Umweltkatastrophen im Mittelmeer. Die Hisbollah-Milizen feuern ihrerseits mehrere hundert Katjuscha-Raketen auf den Norden Israels ab. Israel beklagt den Tod von 43 Zivilisten und 116 Soldaten. Die Opfer auf Seiten der Hisbollah werden auf über 500 geschätzt. Nach der Einigung im UNO-Sicherheitsrat auf die Resolution 1701 tritt nach 33 Tagen Krieg im

Libanon eine Waffenruhe in Kraft, die einigermassen hält. Zur Überwachung der Waffenruhe im Südlibanon werden die UNO-Truppen von 2000 auf 15 000 Mann aufgestockt. Gleichzeitig sollen sie die Stationierung von 15 000 Soldaten der libanesischen Armee in die Wege leiten.

Während der wochenlangen Offensive im Libanon geht auch der Gaza-Streifen in Flammen auf. Doch lässt sich mit Waffengewalt wenig gegen die Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen ausrichten.

So bleibt der Nahe Osten gefangen im Strudel von Gewalt und Gegengewalt. Mitte August kommt es im Libanon zum Waffenstillstand, doch einen Sieger gibt es nicht. Im Gegenteil – es gibt nur Verlierer. Im Zedernland ist viel zerstört, und die Spannungen zwischen den prowestlichen und den prosyrischen Kräften lösen immer wieder Provokationen aus. Die Regierung hat einen schweren Stand.

Die palästinensische Regierung verliert die Kontrolle über die Extremisten, und wegen des finanziellen Bankrottes kann sie keine Regierungsgewalt durchsetzen. In Israel wird der Feldzug eher als Niederlage gewertet, da es nicht gelang, die Hisbollah entscheidend zu schlagen. Das führt zu personellen Änderungen im Generalstab. Ministerpräsident Ehud Olmert und Verteidigungsminister Amir Peretz werden ebenfalls heftig kritisiert und sind geschwächt. Gestärkt sind indes die Hisbollah und der Iran, der die Auseinandersetzung anheizte und die Hisbollah mit Kriegsmaterial unterstützte. Die beiden Führer Nasrallah und Ahmadinejad werden in der arabischen Welt als Helden gefeiert.

Iran

Der Atomstreit mit Iran zieht sich über das ganze Jahr hin. Teheran besteht auf seinem Recht, Atomforschung betreiben zu dürfen. Der Westen fürchtet, das Regime in Teheran könnte unter dem Deckmantel der zivilen Nutzung Atomwaffen herstellen. Die Furcht vor einem weiteren Kriegsschauplatz bleibt bestehen. Im Dezember beschliesst die UNO erstmals Sanktionen gegen den Iran. Der zeigt sich unbeeindruckt, und im März werden weitere Sanktionen ausgesprochen. Der iranische Aussenminister Mottaki reagiert darauf mit der Aussage, selbst die schärfsten politischen wie wirtschaftlichen Sanktionen könnten die iranische Nation nicht zu einem Verzicht auf ihr Atomprogramm zwingen. Anschliessend beschleunigt der Iran seine Produktion der Urananreicherung, und Präsident Ahmadinejad verkündet stolz, dass der Iran zum industriellen Hersteller von Kernbrennstoff aufgestiegen sei.

Ban Ki-Moon, neuer UNO-Generalsekretär (Foto: Keystone)

UNO

In Genf wird am 18. Juni der neue UNO-Menschenrechtsrat konstituiert. Die Schweiz wird in dieses Gremium gewählt. Der Rat ersetzt die diskreditierte Menschenrechtskommission.

Nach 10-jähriger Tätigkeit als Generalsekretär an der Spitze der UNO tritt der Ghanaer Kofi Annan zurück. Er war der erste General-

sekretär der UNO, der innerhalb dieser Organisation verschiedene Posten bekleidete, bevor er in die Spitzenposition gewählt wurde. Er war auch der erste Generalsekretär aus dem südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas. Kofi Annan war der Schweiz sehr verbunden und weilte oft in den Ferien in unserem Land. Sein Nachfolger wird der ehemalige südkoreanische Aussenminister Ban Ki-Moon. Er hat einige Anlaufschwierigkeiten in seinem neuen Amt. Im Gegensatz zu Kofi Annan spricht er sich nicht konsequent gegen die Todesstrafe aus und verunsichert damit einige Mitarbeiter. Zusätzlich stossen einige seiner Personalentscheide auf Unverständnis und deuten kaum auf ein energisches Durchgreifen gegen die ausufernde Bürokratie der UNO hin.

USA

Nach Ablauf der Hälfte einer Präsidialperiode werden jeweils das gesamte Abgeordnetenhaus und in sogenannten Zwischenwahlen ein Drittel des Senats sowie viele Gouverneurposten erneuert. Bei diesen Wahlen im November erleiden die Republikaner von Präsident Bush eine vernichtende Niederlage. Sie verlieren in beiden Kammern des Kongresses die Mehrheit, und auch bei den Gouverneurswahlen setzen sich die Demokraten mehrheitlich durch. Der Hauptgrund ist der immer unpopulärere Irak-Krieg. Der Verteidigungsminister der Bush-Regierung, Donald Rumsfeld, erklärt umgehend seinen Rücktritt. Der neu gewählte Kongress erhöht rasch den Druck auf die Regierung von Präsident Bush. Zuerst verabschiedet das Abgeordnetenhaus eine Resolution, die Bush auffordert, sich bald aus dem Irak zurückzuziehen. In einem zweiten Anlauf überweist auch der Senat im März eine gleichlautende Resolution. Erstmals stimmten dabei einzelne Republikaner mit den Demokraten. Die beiden Resolutionen sind für Präsident Bush nicht bindend, aber sie erhöhen den Druck auf seine Regierung ganz wesentlich.

Mexiko

Bei den hart umkämpften Präsidentschaftswahlen Anfang Juli gewinnt der bürgerliche Kandidat Felipe Calderón mit hauchdünnem Vorsprung. Der unterlegene Linkspopulist Manuel López Obrador, Bürgermeister von Mexiko Stadt, anerkennt die Niederlage nicht. Er legt Rekurs gegen das Resultat ein. In monatelangen Demonstrationen und Besetzungen mobilisiert er die Massen und protestiert gegen das Wahlresultat. Im September ernennt das mexikanische Wahlgericht endgültig Felipe Calderón zum neuen Präsidenten. Manuel López Obrador ruft sich zum Gegenpräsidenten aus.

Kuba

Der kubanische Diktator Fidel Castro erkrankt im Juli schwer. Er muss sich einer Darmoperation unterziehen. Die Macht gibt er provisorisch an seinen Bruder Raul Castro ab.

Europäische Union (EU)

Im September beschliesst die EU-Kommission die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien auf den 1. Januar 2007 als 26. und 27. Mitglieder. Damit reicht die Europäische Union vom Atlantik bis an das Schwarze Meer.

Die EU-Kommission mischt sich Anfang Jahr in die schweizerische Steuerhoheit ein, indem sie fordert, bestimmte Steuererleichterungen einzelner Kantone für Holdinggesellschaften aufzuheben oder zumindest anzugleichen. Aus Sicht der EU-Kommission verletzt die Schweiz im Steuerwesen das Freihandelsabkommen von 1972. Diese Forderung wird vom Bundesrat vehement zurückgewiesen mit der Begründung, dass das Freihandelsabkommen von 1972 sich nur auf den freien Warenverkehr beziehe.

Die EU feiert am 25. März in Berlin den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, den Grundstein der heu-

Das Gebiet der EU nach der Osterweiterung
(Bild: Keystone)

tigen EU. Anlässlich dieses informellen Treffens der 27 Staats- und Regierungschefs wird die «Berliner Erklärung» unterzeichnet. Das Dokument ist eine aufzählende Skizzierung der zukünftigen politischen Agenda der EU. In vier Abschnitten enthält sie vorerst die Errungenschaften der vergangenen 50 Jahre. Dann spricht der Text von der Notwendigkeit, die EU bis zu den Europawahlen 2009 auf eine «gemeinsame Grundlage» zu stellen, wobei das Wort «Verfassung» vermieden wird.

BRD

Deutschland übernimmt Anfang Januar die Präsidentschaft der EU. Bundeskanzlerin Angela Merkel nennt bei der Vorstellung ihrer politischen Agenda die Fortentwicklung des Europäischen Verfassungsprozesses, die Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Energie- und Umweltpolitik sowie die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen.

Im Vorfeld des Brüsseler Frühjahrsgipfels am 8. März plädiert Angela Merkel für eine ambitionierte Klimaschutzpolitik. Im Rahmen einer verbindlichen Selbstverpflichtung soll jeder Staat die Treibhausgasemissionen gegenüber der Emissionsmenge aus dem Jahr 1990 bis 2020 um 20 Prozent senken. Dieser Prozentsatz soll auf 30 erhöht werden für den Fall, dass weitere Industriestaaten ebenbürtige Massnahmen ergreifen.

Angela Merkel fordert auch eine europäische Technologieführerschaft in der Klimapolitik.

Frankreich

Präsident Jacques Chirac tritt nach 12-jähriger Präsidentschaft nicht mehr zur Wiederwahl an. Damit endet eine lange politische Karriere, die 1965 begonnen hatte. Chirac war mehrmals Minister, Premierminister, Bürgermeister von Paris und seit 1995 Präsident. Marksteine seiner Präsidentschaft waren die heftige Auseinandersetzung mit den USA wegen des Irak-Krieges, das Fiasko des EU-Verfassungsreferendums und seine Reformscheuheit. Insgesamt fällt die Bilanz seiner Präsidentschaft mager aus. Sie wurde auch überschattet von verschiedenen Skandalen.

Um seine Nachfolge bewarben sich insgesamt 12 Kandidaten. Davon hatten aber lediglich vier mögliche Nachfolger Aussichten, den zweiten Wahlgang zu erreichen: Nicolas Sarkozy, der Präsident der regierenden Partei UMP, die Sozialistin Ségolène Royal, der Zentrist François Bayrou und der Rechtsaussen Jean-Marie Le Pen. Den Ausstich für den 5. Mai erreichten Nicolas Sarkozy mit 31,18 und Ségolène Royal mit 25,87 Prozent der Stimmen.

Grossbritannien

Tony Blair, der britische Premierminister seit 1997, erklärt am 6. September, dass er im Herbst 2007 zurücktreten werde. Er führte

seine Labour-Partei als Einziger zu drei Wahlsiegen in drei aufeinanderfolgenden Wahlen. Seine Innenpolitik ist gekennzeichnet durch Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Erziehung und Gesundheit bei gleichzeitiger Einführung marktorientierter Reformen. Diese Reformen wurden innerhalb seiner Partei heftig kritisiert, aber der wirtschaftliche Erfolg Grossbritanniens unter seiner Führung gibt ihm Recht.

Italien

Im Februar reicht Ministerpräsident Romano Prodi nach einer verlorenen Abstimmung seinen Rücktritt ein. Staatspräsident Giorgio Napolitano lehnt jedoch sein Rücktrittsgesuch ab und fordert Prodi zum Weitermachen auf. Daraufhin ruft Prodi alle Parteichefs seiner Mitte-Links-Regierung zusammen und stellt sie vor die Wahl, sein Zwölf-Punkte-Programm bedingungslos zu akzeptieren, oder er trete definitiv von der Politik zurück. Die Parteichefs akzeptierten sein Ultimatum, und Prodi gewann dann die Vertrauensabstimmungen.

Schweden

Am 17. September finden in Schweden allgemeine Wahlen statt. Die bürgerliche Viererkoalition gewinnt sie und verdrängt damit die Sozialdemokraten von der Macht. Neuer Regierungschef wird der erst 41-jährige Fredrik Reinfeldt.

Polen

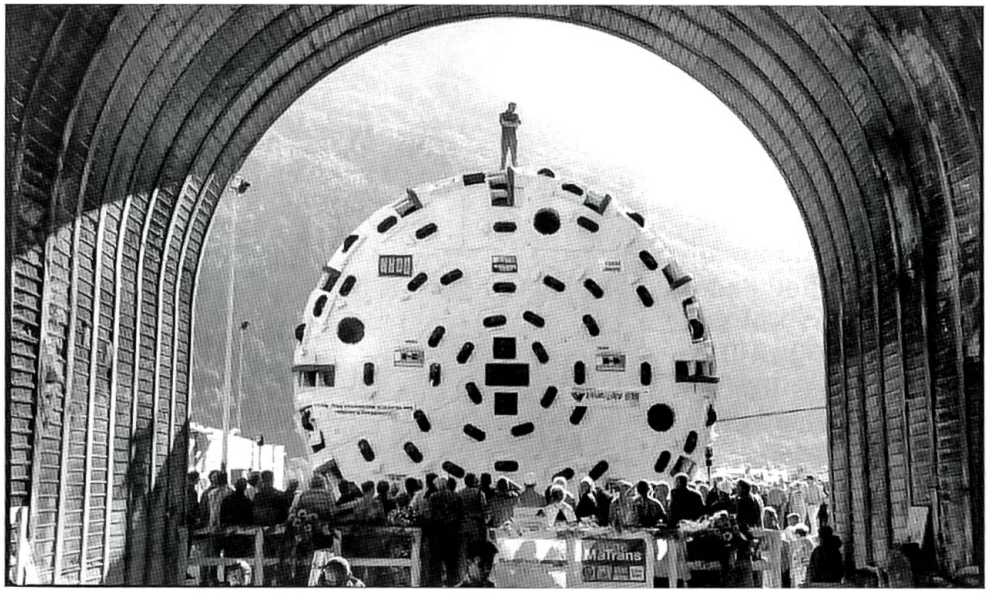
Stanislaw Wielgus, Bischof von Plock, wird am 6. Dezember vom Vatikan zum Erzbischof von Warschau ernannt. Ab Mitte Dezember erscheinen in der Presse Enthüllungen über Kontakte mit dem kommunistischen Geheimdienst, die Wielgus während mehr als 30 Jahren hatte. Dem Sturm der Entrüstung, der auf diese Enthüllungen folgt, fällt Wielgus zum Opfer. Er verzichtet am Tag der geplanten feierlichen und pompösen Inthronisierung auf das Amt.

Politik Schweiz

Eidgenossenschaft

Am 21. Mai wird der neue Bildungsartikel durch das Volk massiv gutgeheissen. Bei einer sehr tiefen Stimmbeteiligung von lediglich 27 Prozent sagen über 85 Prozent der Stimmenden Ja. Alle Stände nehmen die Vorlage an. 1973 war ein ähnlicher Vorstoss noch gescheitert. Mit dem neuen Bildungsartikel soll das Bildungswesen in der ganzen Schweiz harmonisiert werden. Nun sind der Bund wie die Kantone gefordert, die notwendigen Schritte einzuleiten. Die deutliche Zustimmung der Bevölkerung zeigt, dass sie in einer modernen, mobilen Welt keine kantonalen Unterschiede im Bildungswesen mehr will.

Doris Leuthard, neue Bundesrätin und Vorsteherin des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements
(Foto: Keystone)



Tunnelbohrmaschinenkopf für den Bau des Lötschbergtunnels
(Foto: Bernard Dubuis)

Nach dem überraschenden Rücktritt von Bundesrat Josef Deiss (CVP) wählt die Bundesversammlung am 14. Juni die 43-jährige Doris Leuthard als seine Nachfolgerin. Die bisherige Parteipräsidentin der CVP ist Juristin und übernimmt das Volkswirtschaftsdepartement von ihrem Vorgänger. Damit sind wieder zwei Frauen im Bundesrat vertreten.

Im NEAT-Basistunnel am Lötschberg wird am 24. Juli das letzte Gleisstück eingesetzt. Anschliessend folgt eine längere Phase mit Testfahrten und Erprobung aller technischen Einrichtungen. Geplant ist die Inbetriebnahme für den Juni 2007.

Bei den eidgenössischen Abstimmungen im September werden die beiden Vorlagen für ein neues Asylgesetz und das Ausländergesetz mit jeweils 68 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Beide Vorlagen hat Bundesrat Christoph Blocher stark geprägt. Dem Volksentscheid ging ein heftiger Abstimmungskampf voraus. Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss kämpfte an der Spitze einer breiten linken Koalition, unterstützt von kirchlichen Kreisen und Hilfswerken, gegen die Vorlagen. Die Gegner warnten, die «humanitäre Tradition» der Schweiz ginge verloren. Im Zentrum der Kritik stand die Verschärfung, Asylbewerber ohne Identitätspapiere gar nicht mehr in das Aufnahmeverfahren aufzunehmen. Die bürgerlichen Befürworter warben mit dem Argument, dass sich damit «Missbräuche» konsequent bekämpfen liessen. Das überzeugte die Stimmberechtigten aller Kantone. Das Resultat deutete auf ein Unbehagen gegen Fremde, die nicht auf der Flucht vor politischer Verfolgung, sondern auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Lebensbedingungen sind.

Gleichzeitig wird über die sogenannte Kosa-Initiative (Kosa = Komitee für eine sichere AHV) entschieden. Sie verlangt, dass die Gewinne der Nationalbank, nach Abzug einer Milliarde Franken für die Kantone, zur Teilfinanzierung der AHV verwendet werden sollen. Sie wird deutlich mit 58,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Immerhin gehört sie zu den wenigen Initiativen, die gewisse Chancen hatten, vom Volk angenommen zu werden, da sie mit der AHV verbunden war. Breit unterstützt wurde sie ebenfalls von linken Kreisen. Das Komitee stellt sie als Vermächtnis des kürzlich verstorbenen Vaters der AHV, Hanspeter Tschudin, dar. Zu Beginn des Abstimmungskampfes zeigt sich auch eine ziemlich grosse Zustimmung. Wegen der Verquickung von Sozialfragen mit volkswirtschaftlichen Argumenten verlieren allerdings die Argumente der Befürworter immer mehr an Unterstützung. Die Unabhängigkeit der Nationalbank von der Politik soll gewährleistet bleiben.

Die geplante Revision der Armeeorganisation wird im Nationalrat am 7. Oktober zu Fall

gebracht. Die Sozialdemokraten und die SVP bekämpften die Vorlage aus ganz verschiedenen Gründen und erreichten mit ihrer Allianz dieses Resultat.

Am 26. November entscheidet das Stimmvolk über zwei Vorlagen, zu denen das Referendum ergriffen worden war. Beim sogenannten Osthilfegesetz ging es um die Zahlung von 1 Milliarde an die neuen EU-Mitgliedländer im Osten Europas. Über den Zeitraum von fünf Jahren sollen pro Jahr jeweils 200 Millionen für Entwicklungsprojekte in jener Region ausgegeben werden. Die Vorlage wird heftig bekämpft und schliesslich eher knapp mit 53,4 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Insbesondere ländliche Kantone in der deutschen Schweiz lehnen die Vorlage ab.

Im Gegensatz dazu wird das Gesetz über die Vereinheitlichung der Familienzulagen in der Schweiz mit 68 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Sämtliche Kantone stimmen zu.

Die Bundesversammlung wählt am 13. Dezember die Aussenministerin Micheline Calmy-Rey mit 147 (von 192) Stimmen zur Bundespräsidentin für das Jahr 2007. Seit 1939 ist es das schlechteste Resultat einer Bundespräsidentenwahl. Bundesrat Pascal Couchepin wird neuer Vizepräsident.

Kanton Bern

Nach dem überraschenden Wahlsieg der Rot-Grünen Koalition bei den Regierungsratswahlen im April werden Anfang Mai die Ämter zugeteilt. Andreas Rickenbacher (SP) wird Volkswirtschaftsdirektor, Philippe Perrenoud (SP) Gesundheitsdirektor, Bernard Pulver (Grüne) Erziehungsdirektor und Hans-Jürg Käser (FDP) Polizeidirektor.

Am 17. Mai ereignet sich das schwerste Zugsunglück der Schweiz auf dem Netz der BLS. Nach einer Geisterfahrt von Frutigen bis Dürrenast bei Thun sterben drei Männer. Ein Bauzug der Bahn rast fast ungebremst bergab und wird in Dürrenast auf einen stehenden Bauzug geleitet. Ursache des Unglücks sind eine durch Fehlmanipulation beim Ankuppeln

Aufprall eines Bauzuges in Thun-Dürrenast, der ab Frutigen fast ungebremst unterwegs war (Foto: Keystone)

einer Wagengruppe geschlossene Bremsleitung und eine unvollständig durchgeführte Bremskontrolle.

Am 24. September finden im Kanton zwei wichtige Abstimmungen mit langfristigen Folgen statt. Mit der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung werden fast 200 Jahre alte Strukturen neu gestaltet. Es werden fünf Verwaltungsregionen und zehn Verwaltungskreise geschaffen. Die fünf Verwaltungsregionen Berner Jura, Seeland, Bern-Mittelland, Emmental-Oberaargau und Oberland erbringen künftig die meisten Dienstleistungen. Sie steuern das Grundbuch-, Betreibungs- und Zivilstandswesen, die Militärverwaltung, die Berufs- und Erziehungsberatung, die Schulinspektion und das Steuerwesen. Die zehn Verwaltungskreise Berner Jura, Biel/Bienne, Seeland, Bern-Mittelland, Emmental, Oberaargau, Thun, Obersimmental-Saanen, Frutigen-Niedersimmental und Interlaken-Oberhasli lösen die bisherigen 26 Amtsbezirke ab. Ihre Aufgaben werden sein: Aufsicht gegenüber den Gemeinden, Koordination bei Katastrophen, Aufsicht im Vormundschaftsbereich,

Fürsorgerischer Freiheitsentzug, Baubewilligungen, Baupolizei und Ombudsfunktion. Der Vorlage erwuchs hauptsächlich aus ländlichen Regionen Widerstand. Mit der Reduktion der Regierungsstatthalterämter von 26 auf 10 gehe man zu weit. Der Service public in ländlichen Regionen werde abgebaut, und es gingen Arbeits- und Lehrstellen verloren. Trotzdem wurde die Vorlage mit 58,3 Prozent Ja zu 41,7 Prozent Nein bei 39,4 Prozent Stimmbeteiligung angenommen.

Die zweite Vorlage, die ebenfalls eine Verfassungsänderung erfordert, betraf eine weitere Justizreform. Nachdem die Gerichte bereits 1997 mit 13 Kreisen neu geordnet worden waren, bedingt nun die kommende gesamtschweizerische Vereinheitlichung des Straf- und Zivilprozessrechts eine weitere Änderung. Die Staatsanwaltschaft wird die Aufgaben der heutigen Untersuchungsbehörden übernehmen, und ihre Kompetenzen werden erhöht. Das führt zu einer Reduktion der Arbeitsbelastung der Einzelgerichte. Deshalb sollen die 13 Gerichtskreise durch vier regionale Gerichtskreise Berner Jura/Seeland, Bern-Mittelland, Oberland und Emmental-Oberaargau ersetzt werden. Diese Reform war weitgehend unbestritten und wurde mit 73,8 Prozent Ja zu 26,2 Prozent Nein angenommen.

Stephan Hügli, neuer Berner Gemeinderat und Polizeidirektor
(Foto: Keystone)

Im November stimmt das Volk dem Kantonsbeitrag von 3 Millionen Franken für die Pistenverlängerung des Flughafens Belp deutlich zu. Gegen den Beschluss des Grossen Rates war das Referendum ergriffen worden. Die Pistenverlängerung wird notwendig wegen neuer Sicherheitsbestimmungen und soll zur Stärkung des Linien- und Charterverkehrs beitragen.

Bern Stadt

Finanzdirektor und Nationalrat Kurt Wasserfallen stirbt im Amt am 2. Dezember. Dass der 59-Jährige seit längerer Zeit an einer Krebskrankheit litt, war bekannt. Trotzdem kam sein Tod sehr überraschend. Er hinterlässt seine Gattin Margret und zwei erwachsene Söhne. Der oft unbequem politisierende freisinnige Politiker wurde 1993 in die Berner Stadtregierung gewählt. Bis 2003 bekleidete er das Amt des Polizeidirektors und anschliessend, nach Querelen im Gemeinderat, übernahm er die Finanzen. 1999 wurde er in den Nationalrat gewählt. Im März wird Stephan Hügli (FDP) zu seinem Nachfolger gewählt. Er gewinnt die Wahl knapp vor seinem Herausforderer Reto Nause von der CVP.

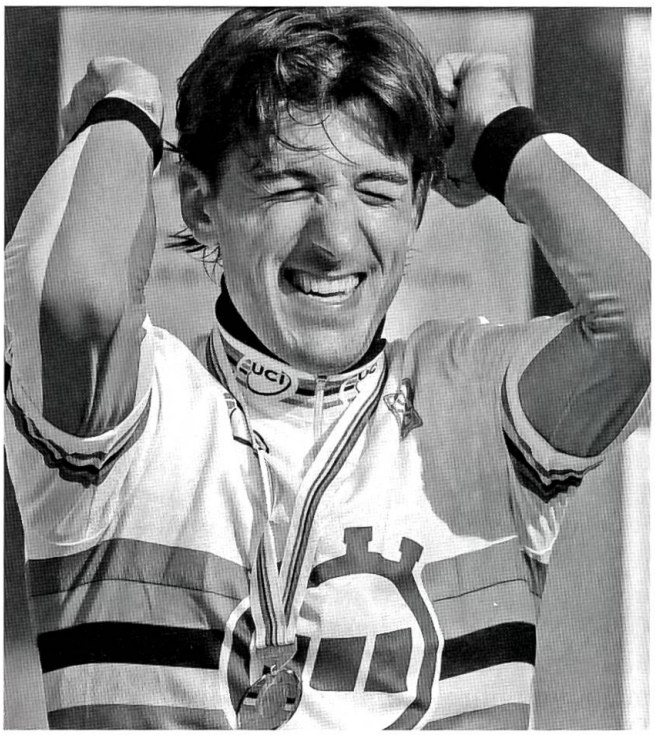
Sport

Der FC Basel sah wie der sichere Schweizer Meister aus, als ihm in der abschliessenden Direktbegegnung am 13. Mai im St.-Jakobs-Park in Basel der FC Zürich mit einem Tor in den letzten Sekunden den Titel wegschnappte. Nach dem Spiel kam es zu schändlichen Szenen, als Hooligans unter den Anhängern des FC Basel den Rasen stürmten und die Spieler angriffen. Die Sicherheitskräfte waren völlig überfordert. Anschliessend werden harte Sanktionen ausgesprochen, und der FC Basel muss mehrmals vor leeren Rängen antreten.

In Deutschland beginnt am 8. Juni die Fussballweltmeisterschaft. 32 Mannschaften aus der ganzen Welt kämpfen um die begehrteste Trophäe im Fussball. Der fünfwöchige Anlass wird zum grossen Spektakel in Deutschland, wo über 3,3 Millionen Zuschauer in 12 Stadien die Spiele verfolgen. Weltweit beobachten gegen 30 Milliarden Menschen die Spiele an den Bildschirmen und Grossleinwänden. Auch die Schweiz konnte sich für diese Endrunde qualifizieren. Das löst bei uns ebenfalls das Fussballfieber aus. Unsere Mannschaft unter der Leitung von Köbi Kuhn erreicht ungeschlagen die Achtelfinals, wo sie gegen die Ukraine im Penaltyschiessen ausscheidet. Die Mannschaft von Italien gewinnt am 9. Juli das Endspiel gegen Frankreich im Penaltyschiessen mit 5:3. Nach der regulären Spielzeit stand das Resultat bei 1:1. Es ist der vierte Weltmeistertitel für Italien nach 1934, 1938 und 1982. Bei den Franzosen musste der Spielmacher und frühere Weltfussballer Zinedine Zidane in der 110. Minute wegen einer Tätlichkeit gegenüber dem Italiener Materazzi vom Platz. Materazzi hatte ihn auf üble Weise provoziert. Im Finalspiel um den 3. Platz besiegt Deutschland am Vortag die Mannschaft von Portugal mit 3:1. Das unerwartet gute Abschneiden Deutschlands begeistert das Publikum. Die Italiener ihrerseits überschäumen vor Freude und drängen den grossen Skandal um manipulierte Spiele in der nationalen Meisterschaft in den Hintergrund.

Der herausragende Schweizer Sportler im Jahr 2006 ist wiederum Roger Federer. Er wird international und national Sportler des Jahres. Im Jahr 2006 gewann er zwölf Titel bei 90 Siegen und nur fünf verlorenen Matches. Von den vier grossen Tennisturnieren gewann er deren drei: Australien Open, US Open und zum vierten aufeinanderfolgenden Mal Wimbledon. Einzig die French Open fehlen ihm noch im Palmarès. Auf der Sandunterlage hat er in Rafael Nadal einen hartnäckigen Gegner. Trotzdem ist er seit mehr als drei Jahren die Nummer 1 im Welttennis.

Bei den Leichtathletik-Europameisterschaften im schwedischen Göteborg gewinnt der



Radsport-Weltmeister Fabian Cancellara
(Foto: Keystone)

Marathonläufer Viktor Röthlin die Silbermedaille. Es ist die einzige Medaille für das Schweizer Team. Beim Marathon von Zürich im April stellt Viktor Röthlin dann noch einen beachtenswerten neuen Schweizer Rekord auf.

Am 21. September wird der Schweizer Radprofi Fabian Cancellara Weltmeister im Zeitfahren an den Weltmeisterschaften in Salzburg. – Für den Radsport ist es trotzdem kein gutes Jahr. Immer wieder geraten Sportler unter Dopingverdacht. Nach wiederholten Regelverstössen wegen Doping löst der radsportbegeisterte Mäzene Andy Rihs sein Phonak-Team, das einzige Schweizer Radsportteam, tief enttäuscht auf.

Der deutsche Autorennfahrer Michael Schumacher beendet mit seinem 250. Grand Prix in São Paulo die erfolgreichste Karriere im Auto-Rennsport. Insgesamt gewann er siebenmal die F-1-Weltmeisterschaft und 91 Rennen.

Bei den Lauberhorn-Rennen in Wengen erzielen die schweizerischen Teilnehmer aus-

gezeichnete Resultate. Das Abfahrtsrennen gewinnt Bode Miller (USA) vor dem Neuenburger Didier Cuche. Ambrosi Hoffmann klassiert sich im vierten Rang.

Das Kombinationsrennen wird von Mario Matt (AUT) vor den beiden Schweizern Marc Berthod und Silvan Zurbriggen gewonnen. Mit Daniel Albrecht (5.) und Didier Defago (7.) gelangen weitere Schweizer unter die ersten Zehn in dieser Prüfung.

An den Snowboard-Weltmeisterschaften in Arosa im Januar gewinnen Schweizer Athleten insgesamt sieben Medaillen. Besonders erwähnenswert sind die Goldmedaillen von Manuela Pesko (Half Pipe) und Simon Schoch (Slalom).

An den Ski-Weltmeisterschaften in Åre, Schweden, feiern die Schweizer Athleten nach längerer Durststrecke wieder beachtliche Erfolge. Daniel Albrecht gewinnt Gold in der Super-Kombination und Silber im Riesenslalom. Dazu kommen noch vier Bronzemedaillen, Bruno Kernen im Super G, Marc Berthod in der Super-Kombination, Didier Cuche im Riesenslalom und im Teamwettbewerb.

Was sonst noch geschah

Im Streit um die Spitzenmedizin beschliessen Bern und Basel, ein gemeinsames Herzzentrum an den beiden Universitätsspitälern zu betreiben. Als Chef ist der Berner Professor Thierry Carrel vorgesehen. Dieser Schritt ist gegen Zürich gerichtet, das nur zwei Herzzentren in Zürich und in Lausanne anstrebte.

Im Mai ereignet sich ein Felssturz im Reusstal bei Gurtnellen. Teile davon treffen die Autobahn A2 und töten zwei deutsche Touristen. Nach wenigen Tagen wird die Autobahn wieder eröffnet. Gleich darauf ereignet sich ein weiterer Felssturz, der erneut die Schliessung der Autobahn provoziert. Nach längeren Vorbereitungen werden Ende Juni weitere 5500 Kubikmeter Fels gesprengt, und die Nord-Süd-Achse der Autobahn kann wieder geöffnet werden.

Im August kann sich die 18-jährige Natascha Kampusch in Wien aus achtjähriger Gefangenschaft befreien. Sie war in einem speziell eingerichteten Verlies im Keller eines Hauses festgehalten worden. Ihr 44-jähriger Entführer nimmt sich nach ihrem Freikommen das Leben. Die Auftritte von Natascha Kampusch vor den Medien werden weltweit verfolgt.

Wegen sexuellen Missbrauchs einer 14-jährigen Schülerin werden am 13. November in Steffisburg sieben Jugendliche und junge Erwachsene verhaftet. – Einige Tage später informiert die Stadtpolizei Zürich über einen Fall von Mehrfachvergewaltigung einer 13-jährigen Schülerin durch 13 Jugendliche in Zürich Seebach. Das Mädchen war mehrmals auf übelste Weise missbraucht worden.

Ende November stirbt in London der ehemalige KGB-Agent Alexander Litwinenko an einer Vergiftung mit Pollonium-210. Das Attentat mit der stark strahlenden Substanz weist auf Machenschaften russischer Gegner hin. Umfangreiche Fahndungsaktivitäten werden ausgelöst und bringen an vielen Aufenthaltsorten von Litwinenko Spuren der Substanz zum Vorschein.

Der ehemalige Schweizer Formel-1-Rennfahrer Clay Regazzoni stirbt 67-jährig bei einem Autounfall in der Nähe von Parma, Italien.

Als Schweizer des Jahres 2006 wird vom Publikum an einer Gala im Hallenstadion Zürich der Trainer der Fussball-Nationalmannschaft, Köbi Kuhn, erkoren.

Am 16. Januar beginnt der Prozess gegen die Verantwortlichen der Swissair.

Am 12. April stürzt ein Kampfjet Tornado der Deutschen Luftwaffe im Lauterbrunnental ab. Er befand sich auf einem bewilligten Übungsflug von Emmen nach Sion. Das Flugzeug flog in geringer Tiefe durch das enge Lauterbrunnental und zerschellte an der Äbniflue knapp unter dem Mittagshorn. Beide Insassen versuchten sich mit dem Schleudersitz zu retten. Dabei kam der Pilot ums Leben, und der Waffensystemoffizier wurde verletzt.